

«Ein Ja wäre für Alstom Schweiz verheerend»

SVP-Initiative Grosse Bedenken von Alstom, ABB und Novartis zur Masseneinwanderungs-Vorlage vom 9. Februar

VON HANS LÜTHI

Die Wirtschaft mache in Panik, sagen die SVP-Initianten zum heissen Polit-eisen Zuwanderung. Vier Unternehmen mit Tausenden von Arbeitsplätzen im Aargau fragte die Aargauer Zeitung an, was für Konsequenzen ein Ja hätte.

Als grösster Arbeitgeber im Kanton mit 6500 Mitarbeitenden in Baden, Birm und Oberentfelden nimmt die Alstom Schweiz kein Blatt vor den Mund. «Ein Grossteil der für unseren langfristigen Erfolg entscheidenden Tätigkeiten würde mit massiven Hürden substanziell behindert», antwortet Daniel Huber, Vice President von Alstom Schweiz. Als Konsequenz müsste man dieses Personal in Drittstaaten suchen. Die hohen Kosten für den bürokratischen Mehraufwand würden den teuren Standort Schweiz weiter verteuern. Dadurch geriete er im Konzern unter Druck, speziell das erfolgreiche Kompetenzzentrum Forschung und Entwicklung wäre langfristig gefährdet.

Alstom: 64 Prozent EU-Bürger

Alstom liefert eindrückliche Zahlen: 64 Prozent der rekrutierten Personen stammen aus der EU, primär aus Deutschland, Frankreich, Italien und England. Von Januar 2012 bis heute hat Alstom Schweiz 730 Personen eingestellt, die zu 99 Prozent im Aargau arbeiten. Dabei hielt sich das Unternehmen daran, alle Stellen grundsätzlich zuerst in der Schweiz auszusuchen. Dies, um das Gesetz

«Ein Grossteil unserer Tätigkeiten würde substanziell behindert.»

Daniel Huber, Alstom Schweiz

einzuhalten, aber ebenso um Kosten und Umtriebe zu sparen. Aber bei den sehr qualifizierten Spezialisten für technische Funktionen finde man drei Viertel nicht im Inland. Negative Folgen werden auch für die 5000 zusätzlichen Arbeitsplätze von Alstom-Lieferanten befürchtet.

«Auch dies wäre für Alstom Schweiz verheerend», argumentiert das Unternehmen weiter: «Die Marktzulassung unserer Produkte in der EU würde um Jahre zurückgeworfen. Vom Zugang zu den sehr grossen und wichtigen Beschaffungsmärkten der EU würde Alstom Schweiz ausgeschlossen, ebenso von den europäischen Forschungsprogrammen.»



Ein moderner Gasturbinenrotor schwebt im Alstom-Werk Birm über die Köpfe der Mitarbeiter.

ALSTOM

Alstom und Novartis machen sich nicht nur Sorgen wegen der Personenfreizügigkeit. Beide Konzerne befürchten, es drohe der Verlust aller sieben Abkommen der Bilateralen I mit der EU. «Die wirtschaftlichen Nachteile wären gravierend, gerade im Gesundheitsbereich ist die Schweiz auf qualifizierte ausländische Arbeitskräfte angewiesen», stellt Novartis fest.

Novartis: Aus 100 Nationen

Tausende von Arbeitsplätzen hat die Pharmaindustrie auch im unteren Fricktal – und investiert grosse Millionensummen für den Ausbau. Am Novartis-Hauptsitz in Basel arbeiten Menschen aus über 100 Nationen. «Diese bewusst gepflegte Vielfalt an Kulturen, Geschlechtern und Altersgruppen ist nachweislich auch ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor», antwortet Novartis-Kommunikati-

onschef Satoshi Jean-Paul Sugimoto. Von den 15 177 Mitarbeitenden in der Schweiz stammen 55 Prozent aus der EU. Der Fachkräftemangel sei schon heute Realität, er werde weiter zunehmen. Für das Kerngeschäft, die Forschung und Entwicklung, ist der Pharma-Riese «besonders auf internationale Rekrutierung angewiesen».

ABB: Sorge um Rekrutierung

Ähnlich tönt es bei ABB, von den 2800 Beschäftigten in der Schweiz stammen 40 Prozent aus insgesamt 25 EU-Staaten. «Ein Ja zur Initiative würde ABB bei der Rekrutierung im internationalen Wettbewerb stark einschränken», schreibt Kommunikationsleiterin Michelle Kindhauser.

Die angefragte Hero in Lenzburg «möchte grundsätzlich zu politischen Themen keine Stellung nehmen», antwortet Marketingleiterin Norma Valentineti.

AIHK: DEUTLICH NEIN ZUR «ABSCHOTTUNG»

Die **Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)** mit Präsident Daniel Knecht an der Spitze äussert sich glasklar zur SVP-Initiative vom 9. Februar: Die **eidgenössische Volkssinitiative wird entschieden abgelehnt**. «Für die Aargauer Exportindustrie ist ein möglichst ungehinderter EU-Marktzugang von existenzieller Bedeutung», schreibt die Handelskammer. Die bilateralen Abkommen dürften nicht durch ein Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative gefährdet wer-

den. Interessant: Der regional und branchenmässig breit abgestützte Vorstand der AIHK hat die Parole einstimmig beschlossen und setzt sich damit konsequent für den bilateralen Weg ein. Im Normalfall treten der **Aargauische Gewerbeverband** unter Präsident Kurt Schmid und die Handelskammer fast wie Zwillinge auf – hier sind sie **hundertprozentig gegenteiliger Ansicht**. Zur Überraschung auch vieler Mitglieder hat der Vorstand des Gewerbeverbandes die Ja-Parole

beschlossen (ab vom 9. Januar). Die Handelskammer betont, dass die **bilateralen Verträge mit der EU gefährdet** wären. Die Initiative erschwere die Rekrutierung dringend nötiger Fachkräfte aus der EU. Die vorhandenen **Probleme mit der Zuwanderung** seien effektiv anzupacken. Die Initiative bringe jedoch keine Lösungen, sondern schotte die Exportindustrie ab. «Wir wollen und können dieses Risiko nicht eingehen», begründet die AIHK ihr Nein. (LÜ.)